



√ AMBASSADE DE SUISSE AU PÉROU

LIMA, den 26. Januar 1968

Réf.: 541.211 (1) Bol - I/bh

ad: p.B.51.14.21.20.Bol.- JM/mr

VERTRAULICH

An die Abteilung für Politische Angelegenheiten des Eidg. Politischen Departements,

Bern

Bolivien: angebliche Waffenlieferungen

Herr Botschafter.

Con RM SH | C/a |

Ihre Aktennotiz vom 8. Januar über die Unterhaltung mit Prof. Dr. Jean Ziegler, Genf, und die Stellungnahme von Herrn Vogt in Ia Paz dazu vom 19. Januar, habe ich gleichzeitig erhalten. Herr Vogt führt eigentlich zu dieser Frage schon alles aus, was auch ich hätte bemerken wollen.

Ihrer Notiz glaube ich entnehmen zu müssen, dass Nationalrat Ziegler die Anliegen der dritten Welt allzusehr aus dem Blickfeld seiner Erfahrungen in Afrika beurteilt und zudem vielleicht politisch gefärbten Berichten zu viel Bedeutung beimisst.

Er sollte einmal die Möglichkeit haben, auch den lateinamerikanischen Kontinent, und insbesondere Länder wie Peru und Bolivien, zu besuchen, wo eine kleine Schicht relativ reicher und verwöhnter Individualisten und Egoisten einer Masse von armen, primitiven und rückständigen Indianern und Mischlingen gegenübersteht, wo der Egoismus der Reichen, die kaum eine Verantwortung für die Allgemeinheit spüren, und die sozialen Spannungen zwischen reich und arm durch Armee und Kirche in Bann gehalten werden, vielmehr als durch Verfassung und Justiz, wo die demokratischen Einrichtungen nur für ungefähr 10% der Bevölkerung gelten, wo in der Hauptstadt europäischer Luxus



anzutreffen ist, auf dem Land aber mittelalterlicher Feudalismus, wirtschaftliche Rückständigkeit und Not vorherrschen.
Dieses Bild ist allerdings in den letzten zehn Jahren durch
das langsame Aufkommen eines Mittelstandes, wenigstens in Peru,
etwas gemildert worden. Die heutigen Zustände und ihre Vorgeschichte kann man sicherlich auf die verschiedensten Weisen
werten. Wer sich aber überlegt, was heute diesen Ländern not
tut und wie wir ihre Entwicklung beeinflussen können, sollte
die bestehenden Realitäten in all ihrer Vielschichtigkeit kennen
und objektiv von ihnen ausgehen.

Die meisten wohlwollenden und unvoreingenommenen Kenner der Verhältnisse in Bolivien sind, in Berücksichtigung der gegebenen Situation, der Meinung, dass man im Interesse des Landes nur wünschen kann, dass sich Präsident Barrientos möglichst lange zu halten vermag. Wer ihm dabei hilft und ihm die unerlässlichen Hilfsmittel zur Verfügung stellt, sollte daher eigentlich Anerkennung finden.

Barrientos ist der verfassungsmässig gewählte Präsident; unter seinem Regime haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse stabilisiert und es herrscht Ruhe und Ordnung. Das allein ist schon mehr, als was man von den meisten seiner Vorgänger sagen kann. Wie ich selbst feststellte, kann man ungehindert im Lend herumreisen und unsere Landsleute können ungestört ihren Geschäften nachgehen. Dass Barrientos den Guerillas und ihren ausländischen Drahtziehern nicht wohlgesinnt ist, ist zu begreifen. Die durch ihre Bekämpfung verursachten Mehrauslagen haben bewirkt, dass das ärmste Land Südamerikas nun nicht, wie dies möglich gewesen wäre, den Lebensstandard langsam verbessern kann, sondern dass eine Austerity-Politik betrieben werden muss. Dass sich Barrientos an die Armee anlehnt, ist ebenfalls verständlich. Nur mit ihrem Wohlwollen lässt sich die verfassungsmässige Ordnung wahren und lassen sich die Minenarbeiter, von denen die Wirtschaft wesentlich abhängt, im Zügel halten.

Auch wenn Barrientos gewisse persönliche Fehler hat (Eitelkeit, Hang zur Demagogie und zu impulsiven Entschlüssen des Einzelgängers), so muss man anderseits zweifeln, ob ein makelloser Staatsmann einen südamerikanischen Staat überhaupt mit Erfolg präsidieren könnte.

Meiner Meinung nach sollten wir uns, wie bisher, zu Gesuchen um Belieferung Boliviens mit modernen Infanteriewaffen wie Sturmgewehren positiv einstellen. Es besteht zur Zeit meines Erachtens kein Grund, solche Gesuche abzulehnen. Ein internationaler Konflikt steht ausser Diskussion. Was die Lage im Innern anbelangt, darf wohl gesagt werden, dass eine Ausrüstung der bolivianischen Armee mit schweizerischen Infanteriewaffen uns im Zusammenhang mit den Guerilla-Kämpfen keine Vorwürfe eintragen dürfte. Das Problem der Minenarbeiter dagegen ist etwas näher zu beleuchten. In der Tat kam es zwischen den Minenarbeitern und den Ordnungsdiensten in den letzten Jahren öfters zu blutigen Zusammenstössen. Zwar geht es den Arbeitern der grossen verstaatlichten Minen relativ eher besser, als der übrigen Bevölkerung. Sie erhalten verbilligte Lebensmittel in genügender Quantität, sie haben ärztliche Betreuung und Schulen, und Aufstiegsmöglichkeiten, die besser sind, als im Landesdurchschnitt. Aber auch so noch ist es beeindruckend, in den Minengebieten über 4000 m. die dumpfen Arbeitermassen in ärmlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, in vegetationsloser Landschaft, bei rückständiger Technik zu sehen. Im ganzen, armen Riesenland mit seinen 3 - 4 Millionen Einwohnern, sind nur in den Minen grössere Menschenmassen beieinander. Dass dies die politische Beeinflussung erleichtert und gelegentlich Streiks und Unruhen ausbrechen, ist verständlich. Nur Ruhe, Ordnung und Arbeitsfrieden, gewährleistet von einer zweckmässig bewaffneten Polizei und Armee, können auf die Dauer eine langsame Verbesserung der Lebensbedingungen bringen. Warum soll das anders sein, als bei uns?

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:

Kopien - Handelsabteilung EVD

⁻ Direktion der Eidg. Militärverwaltung